



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

ß: Die Landwirtschaft im preußischen Osten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

verteilung ist eine der maßgebendsten Thatsachen für die Gestaltung der innern wirtschaftlichen Verhältnisse der Völker, und die innern Verhältnisse zwingen sie wiederum, eine ganz bestimmte Stellung zum Weltmarkt einzunehmen.

(Fortsetzung folgt)



Die Landwirtschaft im preußischen Osten



ine volles Interesse beanspruchende agrarstatistische Arbeit ist kürzlich in dem dritten Heft der Berichte des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Königsberg*) unter dem Titel „Agrarstatistische Untersuchungen über den preußischen Osten im Vergleich zum Westen“ von Professor Dr. A. Backhaus (unter der Mitarbeit des Dr. C. Steinbrück) veröffentlicht worden. Sie wirft auf die wichtigen agrarpolitischen Parteifragen ganz neue Schlaglichter, die noch dadurch an Effekt gewinnen, daß der Verfasser es vermieden hat, eine Kritik an den zur Zeit vorherrschenden Strömungen zu üben.

Als der preußische Osten sind, und gewiß mit Recht, die vier Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen betrachtet worden, da Schlesien und Brandenburg, vollends aber die Provinz Sachsen in ihren Wirtschaftsbedingungen nicht unwesentlich von ihnen verschieden und dem Westen ähnlicher sind. Zu Grunde gelegt ist außer den in der amtlichen wie der nichtamtlichen Litteratur erschlossenen Quellen das Ergebnis einer durch Fragebogen veranstalteten Enquete in den vier Ostprovinzen, die mehr als zweihundert Antworten von besonders fachkundig erscheinenden Landwirten eingebracht hat.

Der erste Teil behandelt die „Produktionsfaktoren.“ Er wird uns hier hauptsächlich beschäftigen.

Was zunächst den Grund und Boden für die Produktion betrifft, so haben die Untersuchungen ergeben: „daß im allgemeinen im preußischen Osten in dieser Beziehung nicht ungünstigere Bedingungen vorhanden sind als im Westen; eine höhere Kultur mag zur Zeit dem Westen zum Vorteil gereichen, doch ist der Osten rege bei der Arbeit, diesen Vorsprung einzuholen.“ Größer sind die Unterschiede des Klimas. Sie machen es dem Osten zur Aufgabe, „sich in der Auswahl der Kulturpflanzen und in den Wirtschaftseinrichtungen seinen besondern klimatischen Verhältnissen anzupassen.“ Wenn dies geschieht, so dürfte nach dem Ergebnis der Untersuchung „die Ertragsfähigkeit der Kulturpflanzen durch das Klima im Osten nicht nachteilig im Vergleich zum Westen

*) Berlin, Paul Parey, 1898.

beeinflusst werden, weil die Bedingungen des Pflanzenwachstums in der bessern Jahreszeit nicht sehr verschieden ist." Höhere Wirtschaftskosten würden allerdings in den östlichen Provinzen dadurch verursacht, daß sich die Arbeit in der bessern Jahreszeit mehr zusammendränge und der strengere Winter größere Schutzmaßregeln erfordere. Das Ergebnis der Untersuchung der Boden- und der klimatischen Verhältnisse geht im ganzen dahin: „daß mehr als die natürlichen Vorbedingungen wirtschaftliche Verhältnisse die Landwirtschaft des preussischen Ostens nachteilig beeinflussen.“

Welche wirtschaftlichen Verhältnisse sind das? Der Verfasser behandelt als solche: die Besitzverteilung des Grund und Bodens, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die Verkehrs- und Absatzverhältnisse, die Arbeiterverhältnisse, die Kapitalverhältnisse.

Wir wollen die Besitzverteilung des Grund und Bodens später noch näher betrachten, hier sei vorläufig nur darauf hingewiesen, daß im Osten bekanntlich der Großbetrieb überwiegt. Der fideikommissarisch gebundene Grundbesitz ist übrigens in Ost- und Westpreußen nächst Hannover (2,13 Prozent der Gesamtfläche) und Rheinprovinz (2,65) mit 3,40 Prozent und 3,38 Prozent am spärlichsten, weit unter dem preussischen Durchschnitt von 6,09 Prozent. Auch Posen bleibt mit 6 Prozent darunter, und Pommern überschreitet ihn mit 6,64 Prozent nur wenig. Außerdem bleiben unter dem Durchschnitt nur Hessen-Nassau mit 4,57 Prozent und Sachsen mit 5,95 Prozent. Der Wald ist auf dem Fideikommissbesitz besonders stark vertreten, und schon mit Rücksicht darauf hat der Verfasser sicher Recht, wenn er sagt, daß die Ausdehnung des Fideikommisswesens in den östlichen Provinzen im großen und ganzen bis jetzt nicht bedenklich ist.

Einzuschalten sind hier noch folgende Angaben über die Anbauverhältnisse und die Dichtigkeit der Bevölkerung.

	Gesamtfläche der landwirt- schaftlichen Betriebe ha	Von der Gesamtfläche kommen auf			1895 kamen auf 1 qkm Einwohner
		Äcker und Gärten Prozent	Wiesen und fette Weide Prozent	Forsten Prozent	
Ostpreußen	3 698 804	53,8	13,6	17,5	54,3
Westpreußen	2 551 773	55,0	8,1	21,3	58,6
Pommern	3 011 296	55,2	11,4	20,1	52,3
Posen	2 896 425	62,4	8,9	19,8	63,1
Sachsen	2 524 348	60,9	8,8	20,8	106,9
Hannover	3 847 516	33,1	13,7	16,5	62,9
Westfalen	2 020 736	42,3	16,7	27,9	133,7
Rheinland	2 699 140	45,9	9,5	30,8	189,2
Brandenburg	3 983 749	45,8	11,1	33,1	70,8
Schlesien	4 031 063	55,7	8,9	28,8	109,5
Schleswig-Holstein	1 899 747	57,1	17,1	6,6	67,7
Hessen-Nassau	1 569 379	39,8	12,0	39,7	111,9
Königreich Preußen	34 854 542	50,5	11,1	23,5	91,4

Alle vier Ostprovinzen stehen sonach an Acker- und Gartenland über dem preussischen Durchschnitt, an Forsten dagegen darunter. Besonders tief stehen sie in der Volksdichtigkeit. Dabei machte die landwirtschaftliche Bevölkerung im Jahre 1895 in Ostpreußen 57,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, in Westpreußen 54,0 Prozent, in Pommern 47,5 Prozent und in Posen 58,2 Prozent, während der preussische Durchschnitt 34,8 Prozent betrug und außer den genannten vier Provinzen nur Hannover mehr als 40 Prozent (d. h. 41,6 Prozent) aufwies.

Was die Preise der landwirtschaftlichen Produkte betrifft, so kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, „daß in den Getreidepreisnotirungen durchaus nicht permanente Verhältnisse zu Ungunsten des Ostens existiren,“ und daß jedenfalls „die Differenzen zwischen den Preisen östlicher und westlicher Märkte nicht den Eisenbahnfrachten entsprechend, sondern beträchtlich niedriger“ sind. Auch bezüglich der tierischen Produkte sind die Preise im Osten bei einzelnen wichtigen Artikeln zeitweise nicht niedriger, sondern höher als im Westen. Im ganzen wird festgestellt, „daß Differenzen zwischen Osten und Westen in den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte zu Ungunsten des Ostens vorhanden sind, daß diese Unterschiede aber keineswegs einen bedenklichen Grad erreichen.“

Des weitern haben aber die Untersuchungen zugleich ergeben, daß sich diese Preisunterschiede zwischen Osten und Westen mit der Zeit und namentlich in der jüngern Vergangenheit verringert haben, und dem Osten in Bezug auf den weitern Preisausgleich mit dem Westen eine günstige Prognose zu stellen ist. Der Verfasser bemerkt darüber wörtlich: „Die Erscheinung ist ja auch begründet durch die Verbesserung des Verkehrs wesens und die Vermehrung der Bevölkerung. Eine weitere Entwicklung dieser beiden Momente wird unstreitig den Preisausgleich beschleunigen und sollte daher von landwirtschaftlicher Seite aus diesem Grunde nach Möglichkeit gefördert werden.“

Die Verkehrs- und Absatzverhältnisse bieten nach den Untersuchungen ein in gewissem Sinne überraschendes Bild. Was zunächst die Eisenbahnen betrifft, so kommen solche auf je

in	1000 qkm Grundfläche km	100000 Einwohner km
Ostpreußen	51,1	93,8
Westpreußen	57,3	97,2
Pommern	55,5	105,5
Posen	68,8	108,0
Königreich Preußen . . .	79,1	85,8

Wenn der Verfasser dazu bemerkt, daß „darnach“ das Eisenbahnwesen für die östlichen Provinzen als gering entwickelt bezeichnet werden müsse, und seine Förderung eine wichtige Aufgabe sei, so ist das mit Einschränkung zuzugeben, wenn man nicht zu den seltsamsten Folgerungen gelangen will. Die Menschen spielen bei der Beurteilung des Bedürfnisses nach Eisenbahnen

denn doch auch eine Rolle. Jedenfalls könnte man mit genau demselben Recht nach diesen Zahlen auch den Satz aufstellen, der Osten sei überreichlich mit Eisenbahnen versehen.

Dazu kommt, was die Untersuchungen hinsichtlich der „Leistungen der Eisenbahnen“ ergeben haben. Diese stellen sich nämlich wie folgt:

	Einnahme aus dem Güterverkehr auf 1 km	Anzahl der Tonnen- kilometer auf 1 km	Einnahme aus dem Personenverkehr auf 1 km
Kontrollbezirk Bromberg	9643 Mark	293244	4597
Preussische Staatsbahnen	25918 „	709000	10382

Der Verfasser sagt dazu: „Es ergibt sich hieraus, daß die Bahnen im preussischen Osten im allgemeinen zur Zeit in den Leistungen weit hinter dem Westen zurückstehen.“ Dann weist er darauf hin, „daß einzelne Bahnen des Ostens, wie z. B. die Ostpreussische Südbahn im Güterverkehr, die Königsberg-Granzer Bahn im Personenverkehr ebenso viel und noch mehr leisten als Privatbahnen des Westens und selbst mehr als die angeführten Staatsbahnen des Ostens,“ und gelangt schließlich zu dem Schlusse: „Man darf hiernach behaupten, daß neue Eisenbahnen vielfach im Osten eine Berechtigung haben, resp. der Staat nicht allzugroße Bedenken betreffs der Frequenz neuer Bahnen tragen sollte.“ Wohin man mit solchen Folgerungen gelangt, liegt auf der Hand.

Auch bezüglich der Wasserstraßen wird über eine Vernachlässigung oder doch Rückständigkeit des Ostens geklagt, und es wird den Landwirten geraten, deren Ausbau und Vermehrung nicht entgegen zu treten, da ja gegen die Gefahr, die Einfuhr russischer Produkte zu fördern, „durch Zollschranken genügender Schutz geschaffen werden kann.“ Der Tatsache, daß man durch die Agrarzölle den blühenden Handel Ost- und Westpreußens gelähmt und damit neben sonstigem Unheil für diese Provinzen auch die natürliche Entwicklung der Verkehrswege unterbunden hat, ist mit keinem Worte gedacht.

Eine besonders wertvolle Beleuchtung findet diese Frage durch das, was über die „Absatzverhältnisse,“ oder besser gesagt über das eigne Absatzbedürfnis, der betreffenden Provinzen mitgeteilt wird.

Trotz der geringen Volksdichtigkeit, trotz des geringen Waldbestands und trotz des hohen Prozentsatzes an Ackerland ergeben sich nämlich für die Produktion und den Bedarf an Brotgetreide folgende Zahlen:

	Gesamt- ertrag (1000 kg)	Ausfaat- menge (1000 kg)	Bedarf der Einwohnerschaft (1000 kg)	Überschuß + Mehrbedarf — (1000 kg)
Ostpreußen . . .	447098	88210	361204	— 2316
Westpreußen . . .	388104	73072	268985	+ 46547
Pommern . . .	435135	76190	283347	+ 75599
Posen . . .	564896	108986	329158	+ 126760
dagegen				
Sachsen . . .	657739	85471	485739	+ 86529
Rheinland . . .	490012	62781	919080	— 491849

Dabei hat der Verfasser den Bedarf pro Kopf der Bevölkerung nur mit 177,8 Kilogramm (nach Thiel 1894) angenommen, während er sich nach der Statistik des Deutschen Reichs 1894/95 auf 209,9 Kilogramm, 1895/96 auf 198,0 Kilogramm, 1896/97 auf 207,0 Kilogramm berechnete. Nimmt man den Bedarf pro Kopf auch nur um 20 Kilogramm höher an, so macht das für Ostpreußen ein Mehr von etwa 40 000, für Westpreußen und Pommern von je etwa 30 000, für Posen von 36 000 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) aus. Freilich ist unsere landwirtschaftliche Produktionsstatistik wenig zuverlässig. Es werden namentlich die Erträge zu niedrig angegeben, was wohl zu beachten ist. Aber immerhin ist als sicher anzunehmen, daß, wie der Verfasser selbst sagt, die Provinz Ostpreußen Getreide nach dem Westen nur absetzen kann, soweit solches von Osten her eingeführt wird, und daß in Westpreußen die Verhältnisse „nicht sehr viel anders liegen.“

Die Faktoren für diese Berechnung sind schon längst bekannt, und auffallend ist eigentlich nur, daß man die Rechnung nicht längst gemacht hat. Der Verfasser ist aber in der That über das Ergebnis überrascht gewesen und hat sich durch sonstige Ermittlungen über Aus- und Einfuhr im Eisenbahn- und Wasserverkehr zu vergewissern versucht. Dabei hat sich im ganzen die Rechnung als richtig erwiesen, und man wird es jetzt als eine bekannte Tatsache zu behandeln haben, daß die vier Ostprovinzen — etwa von Posen abgesehen — für die Getreideversorgung des übrigen Reichs so gut wie gar nicht in Betracht kommen, und daß sie, als besonderes Wirtschaftsgebiet betrachtet, etwa ebenso viel Interesse an hohen Getreidepreisen haben wie ein Kleinbauer, der gerade das an Korn erzeugt, was er für Haus und Wirtschaft braucht. Die Bedeutung dieser Thatfachen für die brennenden agrarischen Parteifragen ist natürlich sehr groß, und es wird zu ihrer Abschwächung wenig beitragen, wenn der Verfasser sie in erster Linie darin gefunden wissen will, daß „dadurch widerlegt wird, daß die Normirung des Preises nach dem Westen, speziell nach dem Berliner Platz, mit Abzug der Transportkosten, unbegründet ist“ (??). Jedenfalls sollten — meint er — die Getreideproduzenten des Ostens auf Grund der dargelegten Konsumverhältnisse „den preisdrückenden Momenten, die sich auf die notwendigen Transporte nach dem Westen gründen, Widerstand leisten“ (??). Die „thatsächlich um die Frachtkosten geringern Getreidepreise des Ostens,“ speziell Ostpreußens, seien nicht durch Überproduktion veranlaßt, sondern durch die Nähe des Getreide exportirenden Rußlands.“ Ostpreußen habe also infolge seiner isolirten Lage einen doppelten Nachteil dadurch, daß es von den Hauptkonsumtionszentren Deutschlands weit entfernt und zugleich der ausländischen Konkurrenz in höherem Grade preisgegeben sei. Die Kritik dieser Schlußfolgerungen dürfen wir dem Leser überlassen.

Die angestellten Berechnungen führen ferner den Verfasser zu dem „Grundsatz,“ daß zur Zeit die ostpreußische Landwirtschaft an hohen Viehpreisen mehr interessiert sei als an hohen Getreidepreisen, und wie nachgewiesen wird, stellt

sich die Ausfuhr von Vieh aus Ostpreußen wirklich als eine „sehr bedeutende“ dar. Freilich immer noch geringer als die der Westprovinzen. Ebenso steht es mit Wollereiprodukten u. dergl. Bemerkenswert ist, daß im Regierungsbezirk Gumbinnen 1897 über 400 000 Zehnpfundpakete Butter und nahezu 16 000 Pakete Käse allein mit der Post versandt wurden, und daß schon 1893 der Ertrag des Butterpostversands aus dem genannten Bezirk auf 4 788 000 Mark, d. h. auf mehr als den Ertrag des gesamten Remontenverkaufs ganz Ostpreußens berechnet wurde. Nun war aber bisher die Behauptung, daß die Ostprovinzen durchaus auf den Getreideverkauf angewiesen seien, und daß der gute Rat, zur rentablen, vom internationalen Preisfall nicht so sehr betroffenen Viehzucht überzugehen, ihnen nichts helfen könne, die Unterlage der besondern ostpreußischen Notstandstheorie. Diese muß nach solchen Bekenntnissen jedenfalls arg ins Wanken kommen, auch wenn der Verfasser als Schlussergebnis der Untersuchungen über die Verkehrs- und Absatzverhältnisse den Satz hinstellt: In vielen landwirtschaftlichen Produkten werde aber der Osten einen großen Überfluß auf absehbare Zeit hinaus haben, und es werde die östliche Landwirtschaft deshalb ein vitales Interesse daran haben, daß durch Verkehrsverbesserungen der Absatz dieses Überflusses nach dem Westen erleichtert werde.

Über die Arbeiterverhältnisse giebt folgende Zahlenübersicht beachtenswerte Aufschlüsse:

	Auf 100 ha Kulturland kommen Arbeiter		
	männliche	weibliche	zusammen
Ostpreußen	8,49	4,05	12,54
Westpreußen	9,04	3,89	12,93
Pommern	7,63	3,23	10,86
Posen	9,03	5,62	14,65
Sachsen	9,32	7,53	16,85
Hannover	9,71	6,19	15,90
Westfalen	10,14	5,37	15,51
Staat	9,20	6,00	15,20

Mit Recht bemerkt der Verfasser zu diesen Zahlen: „Die Zahl der Arbeiter per hundert Hektar Kulturland ist insofern nicht ganz vergleichsfähig, als darin die im Gewerbe thätigen Familienangehörigen inbegriffen sind, deren Zahl jedenfalls in den bäuerlichen Betrieben des Westens höher ist als im Osten. Es geht dies namentlich hervor aus der größern Zahl weiblicher Arbeitskräfte des Westens. In der Gesamtzahl und insbesondre in der Zahl der männlichen Arbeitskräfte sind im Osten trotz der extensiven Landwirtschaft fast die gleichen Mengen zu konstatiren wie in den westlichen Provinzen.“ An einer andern Stelle wird gesagt: „Wir sehen, daß in den östlichen Provinzen, deren extensiven Betrieb wir mehrfach nachwiesen, nicht sehr viel weniger menschliche Arbeitskräfte verwendet werden als im Durchschnitt des Staats und in den meisten westlichen Provinzen. Schleswig-Holstein verwendet sogar weniger als alle östlichen Provinzen (9,5). Auch Brandenburg beschäftigt weniger Personal

als Posen (13,8), und selbst die intensiv wirtschaftende Provinz Sachsen hat nur wenig mehr als die östlichen Provinzen." Die Gegenden mit vorherrschendem Kleinbetrieb, wie z. B. Hessen-Nassau und Rheinland, hätten allerdings etwa doppelten Personalbedarf (besser: Personalbestand) als der Osten. Es werde damit erwiesen, „daß im bäuerlichen Betriebe jedenfalls eine gewisse Verschwendung an Leuten geübt wird.“ Umso mehr müßten die östlichen Provinzen mit vorwiegendem Großbetriebe weit geringere Zahlen aufweisen, als z. B. Sachsen, Hannover, Westfalen, wo doch der Mittel- und Kleinbetrieb verbreiteter sei. Man müsse hieraus den Schluß ziehen, daß die Zahl der menschlichen Arbeitskräfte in der östlichen Landwirtschaft im Vergleich zur Intensität durchaus nicht zu gering sei, und daß bei einer steigenden Intensität es zunächst darauf ankommen müsse, sie mit denselben oder nur wenig vermehrten Arbeitskräften zu erreichen. „Wir meinen andererseits — so schließen diese interessanten Ausführungen, die mit unsern wiederholt geäußerten Ansichten ganz übereinstimmen —, daß, wenn der Intensitätsgrad in der östlichen Landwirtschaft der richtige ist, in vielen Fällen ein gewisses Übermaß von Arbeitern vorhanden sein muß.“

Auch von den Antworten auf die Umfrage des Verfassers, die im allgemeinen sehr auseinandergehen, giebt, wie berichtet wird, fast die Hälfte an, „daß die Arbeiterverhältnisse keineswegs zu ungünstig seien, daß ein Mangel an ständigen Arbeitern noch nicht zu stark hervortrete.“ In der Hauptsache werde der Eindruck hervorgehoben, daß überall da, wo vom Arbeitgeber Gewicht auf gute Behandlung, gute Wohnungen, ausreichenden Lohn, gute Dualität des Deputatgetreides und ähnliche eigentlich selbstverständliche Erfüllungen gelegt werde, auch selten oder fast nie ein drückender Mangel vorkomme. Der Verfasser spricht sich in der Erkenntnis dieser Sachlage denn auch entschieden gegen die Heranziehung polnischer und russischer Arbeiter aus, und nicht weniger scharf weist er die von landwirtschaftlicher Seite gewünschten Beschränkungen der Freizügigkeit, sowie die Einführung andrer Repressivmaßregeln zurück. Er vertritt dabei die Ansicht, daß die Hebung der Industrie durch verbesserte Absatzverhältnisse gerade der Landwirtschaft in den Ostprovinzen so viele Vorteile bringen müsse, daß die Nachteile, die man in den ungünstigen Arbeiterverhältnissen suche, nicht in Betracht kommen könnten.

Über die Arbeitslöhne in der östlichen Landwirtschaft herrsche — meint der Verfasser — zur Zeit im allgemeinen die Ansicht, daß sie im Vergleich zum Westen und Süden Deutschlands wesentlich niedriger stünden und der Großbetrieb im Osten dadurch einen Vorteil habe. In den letzten Jahrzehnten hätten sich aber doch die Lohnverhältnisse zu Gunsten der östlichen Landarbeiter sehr geändert. Thatsächlich stellt sich das Arbeitslohnkonto in der östlichen Landwirtschaft verhältnismäßig hoch. Der Verfasser hält trotzdem ein höheres Einkommen der ländlichen Arbeiter für unumgänglich, mahnt aber dabei ein-

bringlich dazu, eine Verbilligung der Arbeitskosten durch ausgedehntere Anwendung von landwirtschaftlichen Maschinen anzustreben. Gerade im Osten falle dem Maschinenwesen bei dem vorherrschenden Großbetrieb und bei der kürzern Jahreszeit eine höhere Bedeutung zu als im Westen. Trotzdem sei der Gebrauch von Maschinen im Westen viel ausgedehnter als im Osten. Der Einwand, es fehle dem Osten an Kapital zur Anschaffung, wird treffend damit zurückgewiesen, daß die Beschaffung von entsprechend mehr Zugvieh mit Stallungen, Geräten usw. nicht weniger, sondern mehr koste.

Als Mittel, dem vielfach nicht wegzuleugnenden Arbeitermangel zu begegnen, empfiehlt der Verfasser vor allem die „Sesshaftmachung“ durch Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung. Er glaubt durch die Lieferung von Wohnung, Brennmaterial, Brotgetreide, Garten, Ackerland zum Kartoffelbau und Viehfutter und durch die Gewährung eines möglichst selbständigen kleinen Wirtschaftsbetriebes neben entsprechendem Geldlohn diese Sesshaftmachung hauptsächlich erreichen zu können und scheint auf die „weiteren Probleme,“ wie die Gewährung der Möglichkeit zur Erlangung eines eignen Grundbesitzes u. dergl., ein geringeres Gewicht zu legen. Wo sich die Flucht vom Lande wirklich schon geltend macht, wird, um ihr auf die Dauer zu begegnen, unser Erachtens gerade die auch vom Freiherrn von der Goltz empfohlne Schaffung eines grundbesitzenden Arbeiterstandes auf dem Lande im Osten die allerwichtigste Aufgabe sein, sowohl für die Großbauernbezirke wie für die Gegenden mit vorherrschendem Großbetriebe.

Wir kommen damit zur Betrachtung der Besitzverteilung von Grund und Boden, die wir oben schon flüchtig berührt haben, zurück. Auf Grund der Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes: „Die Landwirtschaft im Deutschen Reich nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895“ sind über den landwirtschaftlichen Großbetrieb als die charakteristische Betriebsform des Ostens in den Grenzboten vor einiger Zeit einige statistische Angaben gemacht worden, auf die hier zu verweisen ist.*) Es wurde dabei namentlich die Bedeutung der Großbetriebe mit 200 Hektar und mehr landwirtschaftlicher Fläche hervorgehoben. Hinsichtlich der Parzellenbetriebe bis zu zwei Hektar wurde betont, daß sie im Osten vielfach sogenannte Deputatsbetriebe wären, die als wirklich selbständige Wirtschaften zumeist nicht angesehen werden könnten. Selbständige Parzellenbetriebe ebenso wie kleinbäuerliche (zwei bis fünf Hektar) sind in den vier Ostprovinzen, und übrigens auch in dem Großbauernlande Schleswig-Holstein, viel zu wenig vorhanden. Die Arbeiter haben so gut wie keine Aussicht, durch Fleiß und Sparsamkeit zur Selbständigkeit zu gelangen, wie das im Westen der Fall ist. Es liegt auf der Hand, daß die Kinder grundbesitzender Landarbeiter und Kleinbauern mehr Heimats-

*) Grenzboten 1898 III S. 142 ff.: Bauerngüter und Großbetriebe in der Landwirtschaft.

gefühl haben und weniger landflüchtig sind wie die Kinder zeitlebens unselfständiger Hofarbeiter. Die Vermehrung der Deputatbetriebe, auch wenn diese in sich den selbständigen Wirtschaften ähnlicher gestaltet werden, wie Backhaus will — z. B. daß das Deputatland vom Gutsland ausgesondert, das Deputatvieh nicht im Gutsstall versorgt wird —, kann dabei wenig helfen, schon weil im Alter der Arbeiter die Stelle verliert. Deutsche Arbeiterfamilien kann man damit im Osten nicht festhalten. Auch die Verpachtung von Ackerstücken an die Arbeiter bedeutet nicht viel. Sie endet in der Regel auch mit dem Arbeitsverhältnis. Nur die Erleichterung des Eigentumserwerbs ist ein durchschlagendes Heilmittel, aber auch nur verbunden mit der Möglichkeit, das kleine Anfangsbesitzum mit der Zeit zu vergrößern. Davor scheuen unsere Rittergutsbesitzer und Großbauern im Osten viel zu sehr zurück, und es ist nicht richtig, daß Backhaus diesem Vorurteil nicht entschiedener zu Leibe geht. Er erkennt doch selbst an, daß „der Mangel von Kleinbauern und Parzellenbesitzern, die selbst oder durch ihre Angehörigen den größeren Gütern Arbeitskräfte liefern,“ die Arbeiterfrage im Osten besonders schwierig macht.

Sehr beachtenswert sind die Ausführungen des Verfassers über das Pachtwesen, oder wie man wohl sagen kann: den übermäßigen Mangel an Pachtbetrieben im Osten. Während in Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau und Rheinland etwa die Hälfte der Großbetriebe verpachtet wären, weise Ostpreußen nur 11,93, Westpreußen 12,85, Posen 18,66 und Pommern 26,31 Prozent verpachtete Großgüter auf. Er glaubt darin einen „wesentlichen Nachteil des Ostens“ sehen zu dürfen, da ihm hierdurch die vielen Vorteile des Pachtwesens „als Zuführung des Kapitals und eines intelligenten landwirtschaftlichen selbständigen Mittelstands, die nachgewiesenermaßen geringern Lebensansprüche des Pächterstands, der Zwang zur jährlichen Erzielung des Pachtzinses, Erhaltung des Besitzes und Verhütung des zwangsweisen Verkaufs von Landgütern, Steigerung der Intensität der Landwirtschaft“ verloren gingen. Es wäre gewiß sehr zu wünschen, daß tüchtigen, gebildeten Landwirten mit mäßigem Barvermögen im Osten mehr Gelegenheit geboten würde, ihren Mitteln entsprechende Großbetriebe zu pachten, statt daß sie sich heute, vielfach sehr unvernünftig, zum Ankauf von Rittergütern drängen, deren Kaufpreis sie nur zum kleinsten Teil bezahlen können, wobei sie dann noch ein viel zu geringes Betriebskapital übrig behalten. Aber im großen und ganzen möchten wir doch vor weitgehender Schwärmerei für das Pachtwesen in der altpreußischen Rittergutswirtschaft warnen. Die Schaffung eines Rittergutsbesitzerstands, der nicht selbst wirtschaftet, würden wir geradezu für ein Unglück halten. Wie sollte das im Osten auch möglich sein, ohne vorher die heutigen Besitzer durch sehr viel reichere zu ersetzen. Unsere heutigen Rittergutsbesitzer müssen selbst wirtschaften, um „herrschaftlich“ zu leben, sie sind nicht reich genug, auf den Pächtergewinn zu verzichten. Also scheint doch wohl der Wunsch, unsere Großbetriebe möchten mehr und mehr in die Hand kapitalkräftiger Besitzer übergehen, oder die Ritter-

gutsbesitzer möchten ihrem Kapital entsprechend leben und wirtschaften, näher zu liegen. Es ist ein wahres Unglück, daß der ostdeutsche Landwirt, wenn er ein Rittergut besitzt, durchaus nicht mehr dem Mittelstande angehören will, auch wenn er ärmer ist als der Pächter. Im Westen lacht man über diese Herrlichkeit und fährt sehr gut dabei. Wir halten eine Verringerung der Ausdehnung unsrer Großbetriebe, selbst bei gebildeten Besitzern, die nicht bäuerlich leben, für dringend wünschenswert. Wäre das zu erreichen, so würde viel gewonnen sein. Künstliche Maßregeln sind dabei gar nichts nütze, am wenigsten die Schaffung eines kleinern und mittlern, auf die Selbstbewirtschaftung angewiesenen Majoratsherrenstands. Gegen die großen, reichen Majorate im Osten, die viel verschrieenen Latifundien, haben wir weit weniger einzuwenden, solange sie etwa in der heutigen Ausdehnung bleiben. Professor Bachhaus würde sich unvergleichliche Vorbeeren um die ostpreußischen Landwirte verdienen, wenn er ihnen das Verständnis und die Gewohnheit dafür aneuerziehen könnte, daß die kapitalarmen, stark verschuldeten Gutsbesitzer ebenso anspruchslos wirtschafteten wie Pächter. Dann wird sich ihnen ganz gewiß das zur Hebung der Produktion nötige Kapital nicht entziehen, und die Vorteile des Eigenbetriebs brauchen nicht preisgegeben zu werden.

Und kapitalarm und verschuldet sind nun einmal die landwirtschaftlichen Grundbesitzer des Ostens in hohem Grade. Die Zahlen, die der Verfasser dafür beibringt, beweisen das — so wenig sie unter sich übereinstimmen und statistisch wertvoll sind — im großen und ganzen schlagend. Aber was notorisch ist, braucht keinen Beweis.

Wer soll da helfen, und wie soll geholfen werden? Kapitalgeschenke aus anderer Leute Taschen darf der Staat ihnen doch nicht zuwenden und sollten von den Gutsbesitzern am wenigsten verlangt werden. Es giebt nun einmal reiche und arme Leute in der Welt, und auch reiche und arme Grundeigentümer im Deutschen Reiche. Haben sich die ostpreußischen Landwirte trotz geringen Barvermögens und vieler Schulden bisher im Staate die Butter wahrhaftig nicht vom Brote nehmen lassen oder sich durch übertriebne Bescheidenheit etwas vergeben, dann werden sie auch an sozialem Einfluß und gemeinnütziger Wirksamkeit nicht einbüßen, wenn sie sich in ihrer Wirtschaft etwas mehr als Mittelstand fühlen.

Die Untersuchungen des Professor Bachhaus haben dem Notstandsgeschrei die Aussichten gründlich verdorben, aber sie haben dem ehrlichen, energischen Streben der ostpreußischen Landwirte umso bessere Aussichten eröffnet. β

